

# Arbeit, Lohn und Produktivität

Von

**Herbert Giersch**

1. Am heutigen Tage begeht die Universität Mannheim ihren 75. Geburtstag; im nächsten Jahr feiert die Wirtschaftswissenschaft den 100. Geburtstag von John Maynard Keynes und Joseph Schumpeter, die beide geboren wurden, als Marx starb; und sie feiert 1983 auch den 200. Geburtstag von Johann Heinrich von Thünen. Es sind dies alles Festtage für die Wirtschaftswissenschaften, aber sie fallen leider in eine Phase wirtschaftlicher Stagnation, vergleichbar der Zeit vor 50 Jahren mit ihrer Weltwirtschaftskrise, der Zeit vor 100 Jahren, die man auch die große Depression nennt, oder der Zeit vor 150 Jahren, die Marx und Engels beobachteten und die ihnen dann später Anlaß gab, den Zusammenbruch des Kapitalismus zu prophezeien. In solchen Zeiten herrscht Arbeitslosigkeit. Wie man sie beseitigen kann, ist heute das Hauptproblem der Wirtschaftspolitik. Da zählt nicht das Leid derer, die arbeiten müssen, sondern das Leid der anderen, die Arbeit suchen, ohne sie zu finden.

2. Auf Thünens Grabstein — er starb 1850, genau hundert Jahre vor Schumpeter — steht die Gleichung für den gerechten Lohn  $l = \sqrt{a \cdot p}$ . Dabei bezeichnet  $a$  das konventionelle Existenzminimum, also das, was der Arbeitnehmer zum Konsum braucht, und  $p$  die Netto-Produktivität, also das Gesamtprodukt je Arbeitsstunde nach Abzug aller Vorleistungen und Abschreibungen. Der gerechte Lohn liegt mithin nach Thünen im Mittelfeld zwischen dem Existenzminimum und dem gemeinsamen Produkt aller mitwirkenden Faktoren. Die Arbeiter können sparen und haben Teil an der Vermögensbildung. Es fließen ihnen deshalb auch Einkommen aus Grund- und Kapitalvermögen zu. Krelle treibt diesen Gedanken noch weiter, indem er meint, zu Thünens Formel vom gerechten Lohn gehöre eine Gesellschaft, in der das Vermögen insgesamt aus Arbeitseinkommen gebildet werde, so daß auch die Entgelte für die anderen Faktoren den Arbeitern zufließen. Aber dann ist, wie sich leicht einsehen läßt, die Frage nach dem gerechten Anteil der Faktoren an dem gemeinsamen Produkt gesellschaftspolitisch irrelevant geworden (wie auch Krelle

---

*Bemerkung:* Dies ist die leicht überarbeitete Fassung eines Festvortrages, der anlässlich des 75jährigen Jubiläums der Universität Mannheim am 26. Nov. 1982 gehalten wurde. Der Vortrag ist zugleich gedacht als Versuch, die Fruchtbarkeit des Thünen-Ansatzes im Jahre des 200. Geburtstages von Johann Heinrich von Thünen aufzuzeigen.

meint). Dann wäre eher zu fragen, wie hoch die Arbeitnehmer die Dienste von Kapital und Boden honorieren müssen, damit man Kapital und Boden möglichst produktiv einsetzt und so viel neues Kapital bildet, daß die Beschäftigung auch in Zukunft gesichert ist, möglichst bei steigendem Lohn.

3. Auf solche Fragen gibt nicht die Formel auf dem Grabstein Auskunft, wohl aber — zumindest indirekt — Thünens Modell in seinem Buch *Der isolirte Staat*, das 1826 erschien, also ein halbes Jahrhundert nach Adam Smiths Hauptwerk. Bekanntlich geht es in diesem Buch um die räumliche Ordnung der Wirtschaft auf einer homogenen Fläche, auf der die Transportkosten, abgesehen von Gewicht und Verderblichkeit der Güter, nur von der Entfernung abhängen. In der Mitte gibt es eine zentrale Stadt. Auf sie hin richtet sich die Produktion ringförmig aus — mit abnehmender Intensität der Bodenbewirtschaftung bis hin zur Peripherie, wo die Wildnis beginnt. Dazu zwingen die Transportkosten. Sie verschaffen den Böden, die sich mehr in der Nähe der Stadt befinden, einen Lagevorteil, der sich in einer Differentialrente — sprich: in einem höheren Bodenpreis — niederschlägt. Ganz im Gegensatz zum Boden sind die Menschen und damit die Arbeitskräfte völlig mobil. Sie verteilen sich so über den Raum, daß der Reallohn, also der Kaufwert des Nominallohns, unter Berücksichtigung der Präferenzen für freie Güter, überall gleich ist. Auf der homogenen Fläche nimmt die Bevölkerungsdichte vom Zentrum zur Peripherie stetig ab. Die Kräfte, die auf einen Ausgleich der Faktorpreise im Raum hinwirken, setzen sich durch, und zwar teils durch interregionalen Handel, teils durch interregionale Wanderung. Was für den Faktor Arbeit gilt, trifft auch für das Kapital zu: es ist auf lange Sicht völlig mobil und kann sich — im Gegensatz zum Boden — dem Nachteil hoher Transportkosten dadurch entziehen, daß es sich zum Zentrum hin sammelt, so daß außer der Arbeitsintensität auch die Kapitalintensität der Produktion zur Peripherie hin abnimmt. Und so ist nicht nur der Reallohn überall gleich, sondern auch der Zins als Preis für die Nutzung des Kapitals, der geronnenen Arbeit von gestern und vorgestern. Irgendwo an der Grenze zur Wildnis fließt das ganze Produkt dem Faktor Arbeit zu, weil kein Kapital eingesetzt wird und der Boden zum Preise Null verfügbar ist. Was dort an der Grenze erzeugt wird, ist das Grenzprodukt der Arbeit. Dieses Grenzprodukt repräsentiert auch sonst überall den Wert, den die letzte Einheit an Arbeitskraft dem Gesamtprodukt hinzufügt. Genauso verhält es sich mit dem Kapital. Der Zins ist überall gleich und gleich dem Grenzprodukt des Kapitals. Was also irgendwo in Thünens System erzeugt wird, teilt sich auf die Faktoren so auf, daß Arbeit und Kapital stets soviel an Entgelt erhalten, wie ihr jeweiliges Grenzprodukt wert ist. Und die Differentialrente für den Boden kapitali-

siert sich über den Zins zum Bodenpreis, der an der Peripherie Null und im Zentrum, gemäß der Transportkostensparnis gegenüber der Peripherie, entsprechend hoch ist.

4. Wir können an dieses Modell nun einige aktuelle Fragen richten und sehen, was es an Antworten hergibt.

Erstens: Wenn die Bevölkerung wächst und mit ihr das Angebot an Arbeitskräften, wird an der Peripherie neuer Boden erschlossen, und überall steigen die Bodenrenten. Überall wird, wenn sonst nichts geschieht, mehr Arbeit pro Bodenfläche eingesetzt und mit der gegebenen Kapitalmenge kombiniert. Was dort erzeugt wird, wo Boden nichts wert ist, jetzt weiter vom Zentrum entfernt als vorher, ist weniger wert, weil von weiter draußen die Transportkosten zur Stadt höher sind. Und wie dort an der Grenze, so ist auch sonst überall das Grenzprodukt der Arbeit weniger geworden. Was aus dem Bevölkerungszuwachs mehr an Arbeitskraft auf den Arbeitsmarkt drängt, bewirkt Lohnrückerei, wie man früher sagte. Wenn Lohnrückerei verhindert würde, bliebe die zusätzliche Arbeitskraft arbeitslos. Der Fall deckt alle demographischen Einflüsse ab: einen Babyboom und einen Zustrom an Arbeitskräften von draußen; und — mit umgekehrtem Vorzeichen — lehrt der Fall, daß Arbeitnehmer sich Lohn- oder Beschäftigungsvorteile versprechen können, wenn der Nachwuchs zahlenmäßig nachläßt oder die Zuwanderung gebremst wird. Erleichterung gäbe es im Isolierten Staat auch, wenn sich ein Auswanderungsventil öffnete und den Weg frei machte für eine Auswanderungswelle, wie es sie zum Beispiel aus Deutschland in der großen Depression vor 100 Jahren gab oder auch in der Mitte des 19. Jahrhunderts, als das Elend die schlesischen Weber in den Aufstand trieb [Thomas, 1973].

5. Zweitens: Was geschieht, wenn man in Thürens Staat staatliche Mindestlöhne einführt oder Gewerkschaften zuläßt, die als Anbieterkartelle dafür sorgen, daß Arbeit teurer ist, als sie sonst wäre? Die Antwort lautet: Die Lohnrückerei hört auf oder spielt sich nur im Schatten ab. Das erscheint gut so, wenn das Angebot sonst pervers reagiert, also bei niedrigerem Lohn nicht weniger Arbeit angeboten wird, sondern mehr, etwa weil nun auch Frauen und Kinder zur Arbeit müssen, um nicht zu verhungern. Aber so oder so bedeuten höhere Löhne, daß weniger Arbeit nachgefragt wird; denn niemand kann auf die Dauer jemanden beschäftigen, der mehr verlangen muß, als sein Grenzprodukt im Urteil des Marktes wert ist. Lohn und Grenzprodukt müssen bei Thürnen gleich sein, aber es ist das Grenzprodukt der letzten Beschäftigten, das zählt, und dieses steigt, wenn weniger Arbeiter beschäftigt sind. Der Lohn bestimmt in diesem Falle, wie hoch das Grenzprodukt sein muß, und das Entlassen oder Wegrationalisieren von Arbeit, vor allem von unterdurchschnittlich produktiver Arbeit, sorgt dafür, daß das Grenzprodukt mit dem Lohn

steigt. Diejenigen, die beschäftigt bleiben, erlangen den Vorteil höherer Löhne, aber die anderen verlieren das natürliche Recht auf Arbeit zu einem Lohn, der dem Marktwert ihres Grenzprodukts entsprechen würde<sup>1</sup>. Das Ergebnis ist klassische Arbeitslosigkeit.

6. Drittens: Nun sei unterstellt, daß die staatlichen oder gewerkschaftlich-tariflichen Mindestlöhne nicht überall im Staat gelten, sondern nur in der Stadt, und daß die Gewerkschaften für ihre Mitglieder eine Arbeitslosenversicherung einrichten oder die städtischen Behörden veranlassen, den Arbeitslosen Sozialhilfe zu zahlen. In diesem Falle, so antwortet das Modell, wird es in der Stadt Arbeitslosigkeit geben, vielleicht ein Abwandern aufs Land. Abwandern werden diejenigen, die besonders arbeitswillig sind. Vom Land in die Stadt gelockt wird es Zuwanderer geben. Es sind diejenigen, die auf der Basis von Sozialhilfe mehr oder weniger intensiv nach der höher entlohnten Arbeit in der Stadt suchen werden, vielleicht untergebracht in Slums, Favelas und anderen Wartesälen unter Entbehrungen, die sie eine Zeitlang gerne in Kauf nehmen, weil sie in der Warteschlange auf einen Arbeitsplatz hoffen, der ihnen als Lohn mehr verspricht als das Grenzprodukt der Arbeit auf dem Lande: eine ökonomische Rente als Folge des Anbieterkartells. Dieses Rentenelement führt dazu, daß jemand, der schon einen Arbeitsplatz besitzt, diesen verteidigt wie ein Eigentumsrecht. Die Sorge um die Sicherheit der Arbeitsplätze wird deshalb in aller Munde sein. Sie ist das Gegenstück zum Prinzip Hoffnung bei denen, die auf das Freiwerden eines Arbeitsplatzes warten, nicht unähnlich jenen Privatdozenten, die vor 30 Jahren auf das Freiwerden irgendeines Lehrstuhls warteten und die die Emeritierungsdaten — damals noch ohne Computer — aus Kürschners Gelehrtenkalender errechneten mit dem Trostwort: Nicht verzagen — Kürschner fragen!

7. Nun sind Arbeitsplätze mit überhöhten Mindest- oder Tariflöhnen nicht nur durch die potentielle Lohndrückerei der Zugereisten bedroht. Sie sind auch bedroht durch den Konkurrenzdruck von Waren, die außerhalb der Stadt produziert werden, also auf dem Lande oder, wenn wir die Stadt mit den reichen Industrieländern gleichsetzen, in jenen Teilen der Weltwirtschaft, die wir die Schwellenländer und die Dritte Welt nennen.

8. Wie kommt der Importdruck zustande? Nun, einige Arbeitsplätze (die sich am Rande der Stadt befinden) verlieren, wenn plötzlich höhere Löhne in der Stadt gezahlt werden müssen, ihre Wettbewerbsfähigkeit ge-

<sup>1</sup> Das sind harte Sachzwänge, gegen die man aufbegehren möchte; und es ist kein Wunder, daß sich das Aufbegehren zunächst gegen das Modell richtet, das so etwas vorhersagt. In der Realität richtet sich das Aufbegehren gegen die Verhältnisse, für die dieses Modell steht, also gegen die Wettbewerbswirtschaft, die neuerdings abschätzig Ellenbogengesellschaft genannt wird.

genüber ähnlichen Arbeitsplätzen jenseits der Hochlohn-Zone, auf dem Lande. Man kann diese Arbeitsplätze etwas absichern, indem man Produktionsmethoden wählt, die künstlich verteuerte Arbeit einsparen helfen. Das provoziert dann den Vorwurf des Wegrationalisierens. Aber manche Arbeitsplätze werden abwandern müssen in das Gebiet draußen vor der Hochlohn-Zone, und man wird in der Stadt vom Export von Arbeitsplätzen sprechen. Zu diesem Arbeitsplatz-Export kommt es dadurch, daß die Importe von knapp jenseits der Grenze um den Lohnkostenvorteil billiger sind. Auch werden Arbeitskräfte, die zu den überhöhten Löhnen in der Stadt keine Arbeit finden, sich aber nicht in Warteschlangen einordnen wollen, zu den Orten jenseits der Grenze abwandern und dort — wie es sich bei Wettbewerb gehört — die Löhne drücken, und zwar auch bei der Produktion solcher Güter, die in der Hochlohn-Stadt ohnedies unter Importdruck stehen.

9. Was läßt sich gegen diesen Wettbewerb der billigen Arbeit von draußen tun? Die Antwort ist einfach: Man muß die Mindestlöhne durch Importprotektionismus absichern. Die eine Verzerrung der überhöhten Löhne läßt sich durch eine zweite Verzerrung neutralisieren. Und im Zweifel wird man gezielt vorgehen, nicht gegen Importe von dort, wo die Verhältnisse ähnlich sind, also im Bild der Weltwirtschaft nicht gegen Einfuhren aus anderen Industrieländern. Vielmehr werden Ziel der Schutzmaßnahmen jene Importe sein, in denen relativ viel Arbeit steckt, und zudem Arbeit, die nicht künstlich verteuert ist. Im Thünen-Modell sind dies Importe vom platten Land, im Bild der Weltwirtschaft Importe aus jenen Ländern, deren komparativer Vorteil im reichlichen Angebot billiger Arbeit liegt, also auch im Angebot von Gütern, in die viel Arbeit hineingesteckt werden muß. Leidtragende dieser Protektion zur Absicherung überhöhter Löhne im Zentrum sind deshalb die ärmeren Länder an der Grenze zum Zentrum, die Schwellenländer, und erst recht die Länder an der Peripherie der Weltwirtschaft. Was werden die Betroffenen sagen, wenn diese Schutzmaßnahmen, begründet durch das Stolper-Samuelson-Theorem, ergriffen werden, Schutzmaßnahmen, die im Grunde auf eine Abtreibung embryonaler Arbeitsplätze in der Dritten Welt hinauslaufen? Die Antwort kennen wir. Die Anklagen lauten: „Ausbeutung“, „Imperialismus“, „Klassenkampf“. Aber es sind, wie das Thünen-Modell erkennen läßt, nicht böse Kapitalisten, die dahinter stecken, sondern Kräfte auf der Arbeitnehmerseite, die darauf aus sein müssen, daß Arbeit im Zentrum durch Importkontrollen so knapp gemacht wird, wie man sie künstlich verteuert hat oder verteuern möchte. Dies wird draußen nicht gesehen, weil für die Marxisten an der Peripherie das Zentrum und alles, was es an Störungen verursacht, nur als Ausgeburt eines bösen Kapitalismus erscheint. Die Reaktionen, die wir kennen, heißen: Importsubstitution oder

gar Autarkie, „independencia“ oder zumindest Abkoppeln, Gleiches mit Gleichem vergelten. Wir wissen, daß solche Reaktionen die Weltwirtschaft zerstören, daß es die Länder, die Standorte und die Menschheit allesamt der großen Vorteile des internationalen Handels beraubt und daß es alle ärmer macht in einem kontraproduktiven Handelskrieg. Sehr wahrscheinlich wäre die Weltwirtschaftskrise der Zwischenkriegszeit nicht so dramatisch verlaufen, hätten nicht die Vereinigten Staaten 1930 mit dem Smoot-Hawley Act ihre Zollmauern drastisch erhöht.

10. Doch bevor wir näher an die Realität und die Gegenwart herantreten, ist eine kurze methodologische Besinnung angebracht. Modelle wie das von Thünen sind stark vereinfachte Bilder der Wirklichkeit, eine Art Karikatur. Sie erlauben Schlüsse auf die Realität nur insoweit, als ihre Eigenschaften das Wesentliche an der Wirklichkeit gleichnishaft treffen. Auf allgemeine Naturtreue kommt es ebensowenig an wie bei einer Landkarte, bei der wir auf vieles verzichten, damit sie uns als Kraftfahrer die Straßen und Tankstellen und als Fußgänger die Fußwege gut ablesbar vorhersagt. Je mehr Fragen ein Modell beantworten und je mehr es verschiedenartige Beobachtungen, die wir ständig machen, miteinander verknüpfen und dadurch enträtseln kann, um so mehr wird es zum Paradigma im Sinne von Kuhn, zum fachspezifischen Weltbild, zur Ausgangsbasis für fruchtbares Nachdenken und Nachforschen, zu einem wissenschaftlichen Forschungsprogramm im Sinne von Lakatos. Thünens Modell gehört zur Spezies der klassischen Ökonomik, die auf die langfristigen Zusammenhänge abstellt und deshalb die einzelnen Anpassungsschritte ebenso vernachlässigt wie temporäre Ungleichgewichte. Außerdem beschreiben die klassischen Gleichgewichte unter *Laissez-faire*-Bedingungen gute Approximationen an effiziente Optimalsituationen, ausgenommen die Fälle, in denen es an Eigentumsrechten mangelt, wie an der Umwelt, oder in denen sich externe Kosten und Erträge nicht ohne Staatsingriffe internalisieren lassen. Freilich: die Suche nach Defekten des Modells und der marktwirtschaftlichen Wirklichkeit wird intensiviert, wenn das System der Interdependenzen, die zu einem Gleichgewicht hindrängen, Sachzwänge aufzeigt, die mächtigen Interessengruppen nicht ins Konzept passen. So entsteht im konkreten Falle der Arbeitslosigkeit stets ein Disput darüber, ob sie durch überhöhte Löhne bedingt ist, wie das klassische Thünen-Modell nahelegt, oder durch eine systemimmanente Fehlsteuerung der Marktvorgänge. Damit ist die Bühne frei für einen der beiden großen Wirtschaftswissenschaftler, die geboren wurden, als man den 100. Geburtstag von Thünen beging. Ich meine John Maynard Keynes.

11. Seine Allgemeine Theorie aus dem Jahre 1936 war bekanntlich darauf gerichtet, die Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit eines Gleichge-

wichts bei Unterauslastung der Ressourcen, einschließlich unfreiwilliger Arbeitslosigkeit, nachzuweisen. Keynes bestritt, daß eine Selbstkorrektur zustande käme. Ein Grund war für Keynes: Geldlöhne, die zu hoch sind, sinken nicht; denn die Arbeitslosen betreiben keine aktive Lohndrückerei. Der zweite Grund: Selbst wenn die Löhne sanken, entstünde kein Mehr an Beschäftigung; und es sinken die Löhne auch deshalb nicht, weil man sich davon keinen Beschäftigungsimpuls versprechen kann. Kein Wunder deshalb, daß sich gewerkschaftsnahe Wirtschaftstheoretiker bei Fragen der Arbeitslosigkeit auf Keynes berufen! Er stellt ja zudem nicht die Frage, woher die Arbeitslosigkeit kommt, die es zu beseitigen gilt. Dabei wird auch jeder klassische Ökonom zugeben, daß die Löhne sehr wohl auch deshalb zu hoch sein können, obwohl sie gleichgeblieben sind, wenn die Geldmenge unvorangekündigt und unvorhergesehen abgenommen hat oder weniger gestiegen ist, als zu erwarten stand. Der klassische Ökonom spricht dann von Geldmangel-, Deflations- oder Stabilisierungsarbeitslosigkeit und damit von einer temporären Krise, die sich durch Geldvermehrung beziehungsweise Reflation oder durch ein Rückgewinnen der Geldwertstabilität beheben ließe.

12. Zwar gibt Keynes zu, daß weniger Transaktionskasse nötig ist, wenn Löhne und Preise sinken, so daß die reale Geldmenge zunimmt (Keynes-Effekt), aber dieses Mehr an realer Geldmenge versickert in der berühmten Liquiditätsfalle, die sich auftut, wenn der Zins nominal nicht mehr nach unten nachgeben kann, weil er schon gegen Null tendiert [Tobin, 1980]. Real ist der Zins bei sinkenden Preisen — wie in der Weltwirtschaftskrise — natürlich höher als nominal, und er kann dann durchaus höher sein als die Grenzleistungsfähigkeit der Investitionen. Doch sind die Preise und Löhne erst einmal gesunken, also im Gleichgewicht, auf das Keynes abstellt, müßte, damit es Unterbeschäftigung gibt, die Grenzleistungsfähigkeit des Investitionsvolumens, das vollbeschäftigungskonform wäre, ein negatives Vorzeichen haben.

13. Fragt man sich weiter, wie ein solcher Zustand entstehen kann, warum es also nicht genug Investitionsgelegenheiten mit positiven Ertragschancen gibt, so kann die generelle Antwort wieder nur lauten: Es sind, wenn man die Steuern und die Ungewißheitselemente als gegeben ansieht, offenbar doch die Löhne noch zu hoch, und wenn diese wirklich nicht mehr sinken können oder sollen, so bleibt keine andere Möglichkeit, als den Staat aufzufordern, die Ertragssteuern zu senken und außerdem mit mehr Stetigkeit in der Wirtschaftspolitik, vor allem mit mehr Freiheit im internationalen Handelsverkehr (die in der Weltwirtschaftskrise verlorenging), die politischen Ungewißheitselemente enger zu begrenzen. Es gibt, so muß man Keynes aus heutiger Sicht ergänzen, nicht nur eine Liquiditätsfalle, die man notfalls durch Geldvermehrung vollaufen lassen

kann; es gibt auch, und das ist vielleicht insgesamt relevanter, eine Vertrauensfalle, die ein viel generelleres Problem darstellt. Im Verhältnis zum Staat ist zu sagen: Je mehr dieser die produktiven Unternehmen belastet oder auf ihre Belastbarkeit hin erprobt, ohne eine gleichwertige Gegenleistung zu erbringen, um so niedriger sind die Löhne, zu denen es Vollbeschäftigung geben kann. Diesem Umstand können wir im Thünen-Modell leicht Rechnung tragen, indem wir als Äquivalent für einen negativen Produktionsfaktor eine allgemeine Steuer auf die Wertschöpfung einführen, die proportional zu Lasten aller Produktionsfaktoren geht, also zu Lasten auch des realen Lohns, und die — wie ein Tribut an eine fremde Großmacht — niemandem innerhalb des Systems zugute kommt. Weigert sich der Faktor Arbeit, diesen Tribut an einen kontraproduktiven Staat mit aufzubringen, gibt es auf kurze Sicht eine Unterbeschäftigung aller Faktoren, auf lange Sicht zumindest eine Unterbeschäftigung beim Faktor Arbeit.

14. Diejenigen, die heute Keynes für ihr wirtschaftspolitisches Programm in Anspruch nehmen, sind darauf aus, die Arbeitslosigkeit über eine Geldvermehrung zu verringern. Bei einer günstigen Konstellation, bei der es sich um die Korrektur einer Deflation handelt oder um das Abbrechen eines Stabilisierungsprozesses, der seinen Zweck weitgehend erreicht hat, sind sie von anderen Ökonomen nicht weit entfernt, wenn sie erwarten, daß sich ein Mehr an Geld in ein Mehr an realer Nachfrage umsetzen werde, die Preise also zunächst kaum steigen dürften. In diesem Falle steht zu hoffen, daß das Mehr an Produktion die Arbeitsproduktivität hebt, und zwar dadurch, daß sich nunmehr in den Unternehmen manche stille Produktivitätsreserve ausschöpfen läßt. Ein solcher Produktivitätsruck hat für die Erträge und Ertragsaussichten der Unternehmen natürlich dieselbe Wirkung wie ein Sinken der Reallöhne bei unveränderter Produktivität. Dies also wäre der günstigste Fall: Reflation als Korrektur für eine verfehlt Deflation oder als Abbruch einer gewollten Stabilisierungsrezession.

15. Nicht-Keynesianer trennen sich von Keynesianern, sobald die Geldvermehrung dazu dienen soll, überhöhte Reallöhne zu senken. Denn dazu müssen die Preise steigen, braucht man auf die Dauer Inflation. Die Strategie ist angelegt im Konzept der Phillips-Kurve, die die These enthält, die Gesellschaft könne ein bestimmtes Mehr an Beschäftigung dadurch verlangen, daß sie eine bestimmte Inflationsrate in Kauf nimmt. Hierauf beruht der berühmt gewordene Satz, wir könnten besser mit fünf Prozent Inflation leben als mit fünf Prozent Arbeitslosigkeit. Die These ist, wenn man die Zahlen wegläßt, also nur den Zusammenhang als solchen nimmt, nicht falsch, aber sie stimmt allenfalls auf kurze Sicht. Auf längere Sicht ist sie falsch, weil dann auch die Arbeitnehmerorganisationen das infla-

tionsbedingte Absinken der Reallöhne durchschauen und deshalb bestrebt sein werden, die erwartete Inflation einzuholen, vorwegzunehmen und möglicherweise zu überholen. Dann muß, damit das Mittel der Inflation wirkt, die Inflation von Periode zu Periode beschleunigt werden. Um das System vor einem Kollaps zu bewahren, kommt man nicht umhin, zwischendurch immer wieder mal eine Inflationspause einzulegen; diese läßt dann die Beschäftigung ähnlich absacken wie eine Stabilisierungskrise. Echte Keynesianer halten auch solche Pausen für unangemessen kostspielig. Sie scheinen zweierlei nicht zu bedenken: erstens, daß früher oder später eine Vertrauensfalle entsteht, die die Inflation zum Staatsfeind Nr. 1 werden läßt, und zweitens, daß eine Inflation, die dazu dient, überhöhte Reallöhne zu akkommodieren, also erträglich zu machen, das Verhältnis zwischen Reallohn und Realzins beeinträchtigt und damit Dauerschäden verursacht.

16. Zu diesem zweiten Punkt muß hier noch etwas mehr gesagt werden [vgl. auch Giersch, 1982], weil er in der Literatur bisher noch kaum beachtet worden ist. Die Strategie, Arbeitslosigkeit mit Inflation zu bekämpfen, gelingt am besten, wenn es viel Geldillusion gibt oder — was dasselbe ist — viel Stabilitätshoffnung. Illusionäre Stabilitätshoffnung haben Arbeitnehmer, die glauben, eine Tariflohnerhöhung sei ein echter Kaufkraftzuwachs und werde nicht nachher zum großen Teil durch höhere Preise real wieder rückgängig gemacht. Diese Stabilitätshoffnung wird genährt, wenn man die Preissteigerung bösen Unternehmern anlasten kann, also Personen, die gleichsam Systemfeinde sind, und nicht der Expansionspolitik selbst, die ja zur Strategie gehört. Unter ihr leiden auch Sparer und Kapitalanleger, die den Nominalzins für bare Münze nehmen und nicht auf den Realzins achten, also den Zins abzüglich der Geldentwertung während der Laufzeit des Kredits. Der gedrückte Realzins entlastet die Kostenrechnung der Unternehmen, aber auch des Staates, und erleichtert es, höhere Reallöhne zu verkraften. Hier hilft es dem Konzept, wenn man verbietet, daß sich die Gläubiger des Staates und der Unternehmen mit Indexvereinbarungen vor den Nachteilen der Inflation schützen. Und der Staat hat von der Inflation am meisten, wenn er nicht nur seinen Gläubigern verbietet, real und damit richtig zu rechnen, sondern auch den Steuerpflichtigen; denn bei falschem Rechnen entstehen Scheingewinne in der Steuerbemessungsgrundlage. Das Ganze ist ein Raubbau an der Zukunft. Wieso?

17. Die Antwort ist ganz einfach. Sind Kredit und Kapital real gerechnet künstlich zu billig, so geht man mit Kredit und Kapital nicht so ökonomisch um, wie die tatsächlichen Knappheitsverhältnisse es eigentlich erfordern. Kapitalverschwendung gibt es dann allenthalben. Zu-

nächst gibt es sie beim Staat, der ohnehin nicht so scharf kalkuliert und stets unter dem Anspruchsdruck der Interessengruppen steht. Zweitens gibt es Kapitalverschwendung bei den privaten Haushalten, die sich bei künstlich niedrigem Realzins auf Finanzaktiva nach Wertanlagen umsehen, die von der Inflation begünstigt sind, also nach Eigenheimen, Eigentumswohnungen und anderem Betongold, Teppichen, Gemälden, Antiquitäten und anderem Konsumkapital. Drittens bemühen sich die Unternehmen, die erkennen, daß der Staat Scheingewinne und damit Eigenkapital besteuert, verstärkt um Fremdkapital, so daß die Eigenkapitalquote sinkt; und sie verwenden die Fremdmittel, die sie sich trotz verminderten Angebots am Kapitalmarkt verschaffen können, vornehmlich für Investitionen, die sie vom Druck der überhöhten Lohnkosten entlasten sollen; sie verwenden sie also hauptsächlich zum Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen oder zum übermäßigen Einsatz von Kapital je Arbeitsplatz. Ob es all dieses bei uns gegeben hat? Die Antwort kann nur ein uneingeschränktes „Ja“ sein. Das Ergebnis nach Ablauf einiger Jahre muß ein Mangel an produktiven Arbeitsplätzen sein, eine Kapitalmangel-Arbeitslosigkeit, eine klassische Arbeitslosigkeit zweiten Grades. Unter ihr scheint gegenwärtig ganz Europa zu leiden, vielleicht auch einige der Länder in Lateinamerika, die weiche Kredite für weite Produktionsumwege eingesetzt haben und jetzt am Rande ihrer Zahlungsfähigkeit stehen.

18. Was sich weniger leicht verifizieren läßt, sind Spätschäden des niedrigen Zinses und der überhöhten Löhne im Bereich des technischen Fortschritts. Nicht, daß dieser Fortschritt abnehmen müßte, wenn die Löhne real zu hoch und — zum partiellen Ausgleich dafür — die Zinsen real zu niedrig sind. Viel plausibler ist die Hypothese, daß bei falscher Lohn-Zins-Relation aus den Optionen, die das neue technische Wissen offeriert, vornehmlich jene ausgewählt werden, die besonders viel Arbeit einsparen — zuviel an Arbeit und zuwenig, wenn überhaupt, an Kapital. Dies gilt wohl vor allem für Prozeßinnovationen: Überhöhte Löhne und gedrückte Zinsen locken aus der Schatzkammer des neuen Wissens nicht die Kapitalsparer an, sondern die Job-Killer. Das Ergebnis ist technologische Arbeitslosigkeit, eine klassische Arbeitslosigkeit dritten Grades. Aber es ist nicht die Arbeitslosigkeit einer Technik, die vom Himmel gefallen ist, sondern einer Technik, die sich früher oder später herausbildet, wenn die Weichen der Wirtschaft bei den Löhnen und den Zinsen falsch gestellt wurden. Ebenso wie die Kapitalmangel-Arbeitslosigkeit wird auch die technologische Arbeitslosigkeit als Gefahr von den Post-Keynesianern im angelsächsischen Sprachraum ignoriert. Um dafür sensibilisiert zu sein, muß man wohl auch die deutsch-österreichische Literatur kennen, einschließlich der neueren Diskussion über die wirtschaftliche Malaise der

Weimarer Republik, in der Lohnkostendruck, Kapitalmangel und technologische Arbeitslosigkeit keine Fremdwörter waren.

19. Bei Keynes steht davon nichts. Sein Rat hilft am meisten bei kurzfristigen Phänomenen, etwa bei einer Liquiditätskrise, in der sich eine Liquiditätsfalle auftut, oder bei einer Stabilisierungskrise, wenn Lohnpolitik und Geldpolitik miteinander kollidieren; er hilft auch noch bei einem endogenen Konjunkturrückschlag, wenn die Reallöhne temporär zu hoch sind, vor allem im Verhältnis zu einer Arbeitsproduktivität, die rezessionsbedingt gedrückt ist. Dann tut es gut, wenn die Zentralbank mit oder ohne ein Zwischenschalten des Fiskus den Kreislauf mit der Geldpumpe stützt. Aber längerfristig hilft diese Therapie nicht, weil der Kreislauf mit der Zeit von der Droge Inflation abhängig wird und einer Suchtgefahr erliegt. Keynes hat sich gegenüber Vorwürfen von seinen Langfrist-Kritikern immunisiert durch den Satz „Auf lange Sicht sind wir alle tot“. Aber er starb vor über dreieinhalb Jahrzehnten, viel zu früh, und wir und erst recht unsere Kinder und Kindeskiner, deren wirtschaftliches Schicksal uns nicht wenig bedrückt, leben in dem, was für ihn die lange Sicht war. Auch hatte er in seinem letzten Aufsatz vor seinem Tode selbst Zweifel an der keynesianischen Medizin in den Händen seiner Epigonen. Ob er seine Theorie, lebte er unter uns, immer noch als eine Allgemeine Theorie bezeichnen würde? Viele, die seine Lernfähigkeit kannten, meinen nein.

Demgegenüber stellt die klassische Theorie auf Dauerprobleme und Dauereffekte ab: auf die klassische Arbeitslosigkeit ersten Grades, die sich schon an Thünens Modell demonstrieren ließ, und die klassische Arbeitslosigkeit zweiten und dritten Grades, auf die uns die Beobachtungen der jüngeren Vergangenheit wieder stoßen, einer Zeit also, in der die Keynesische Medizin des niedrigen Zinses nicht im Sinne einer Ursachentherapie angewandt wurde, sondern als eine Politik der Kompensation überhöhter Löhne und damit als eine keynesianische Lösung für ein klassisches Problem. Da gibt es, weil eine Verzerrung durch eine andere neutralisiert werden sollte, Spätfolgen für diejenigen, die die kurze Frist, auf die Keynes abstellte, überlebt haben. Wir im deutschen Sprachraum waren gegenüber dem Rezept, Arbeitslosigkeit stets als Geldmangel-Arbeitslosigkeit anzusehen und zu bekämpfen, äußerst skeptisch, vor allem nachdem amerikanische Keynes-Epigonen nach 1945 zu uns kamen und nicht sehen wollten, daß das, worunter das Land litt, alles andere als Geldmangel war, daß es vielmehr an Sachkapital mangelte in dem Sinne, daß der kriegsbedingt lädierte Bestand an Bauten und Ausrüstungen nicht genug Arbeitsplätze enthielt, um das Heer der Heimkehrer zusammen mit den Ostvertriebenen und Flüchtlingen produktiv in der Industrie beschäftigen zu können. Heute herrscht Sachkapitalmangel in einem modifizierten Sinne: Es fehlt

an Arbeitsplätzen, die so produktiv sind, daß man die herrschenden Real-löhne auf ihnen nicht nur verdienen, sondern ohne Kapitalverzehr dauerhaft erwirtschaften kann. Da heißt die Therapie nicht einfach: mehr Nachfrage. Sie heißt zugleich: mehr Arbeit einsetzen, damit durch mehr Arbeit mehr gespart werden kann, ohne daß der Lebensstandard sinkt, und damit diese Ersparnisse bereitstehen zum Schaffen neuer und zum Verbessern alter Arbeitsplätze — ganz nach der Methode, die sich erfolgreich erwies, als es in der Wiederaufbauphase galt, die Kapitalmangel-Arbeitslosigkeit der frühen Nachkriegsjahre zu beseitigen.

20. Bisher konnten wir ohne Nachteil so argumentieren, als sei die Grenzproduktivität der Arbeit im Zeitablauf konstant. Jetzt ist der Tatsache Rechnung zu tragen, daß es bei der Arbeitsproduktivität einen Aufwärtstrend gibt, bedingt durch das ständige Mehr an Kapitalkaufwand je Arbeitsplatz, bedingt aber auch durch den Strom des technischen Fortschritts. Wir müssen diesen Aufwärtstrend voll ins Kalkül nehmen, weil man ihn neuerdings in der Öffentlichkeit mehr und mehr dafür verantwortlich macht, daß die Arbeitslosigkeit so stark zunimmt. Ja, man sagt, dieser Produktivitätsfortschritt sei zu stark; und es müsse die Arbeitszeit verkürzt werden, damit er sich nicht in noch mehr Arbeitslosigkeit niederschlägt. Das klingt einleuchtend, ist es aber nicht, wenn man hinter das bloße Zahlengerüst schaut. Die Zusammenhänge sind wie folgt. Ein ansteigender Produktivitätstrend von — sagen wir — 3 Prozent je Jahr hat keinerlei Wirkung auf das Beschäftigungsvolumen, wenn parallel dazu die Reallöhne auch um 3 Prozent steigen. Es bleiben dann nämlich die Lohnkosten je Produkteinheit konstant; und ebenso konstant bleibt das, was an Spielraum für das Abdecken der Kapitalkosten und der Ungewißheitselemente nötig ist. Doch wenn die Reallöhne stärker steigen, sagen wir um 4 Prozent, kommt es zur Gewinnkompression. Ein solcher Lohnanstieg zielt auf ein Umverteilen von oben nach unten, also auf einen Anstieg der Lohnquote.

Man hat einen solchen Lohnanstieg früher auch gerechtfertigt mit der These, er habe die Funktion einer Produktivitätspeitsche, sozusagen einer Antriebskraft für müde Unternehmer, die nicht genug vom Wettbewerb und vom Gewinnstreben angetrieben werden. In der Tat kann man über den Lohnanstieg den Produktivitätsanstieg, wie wir ihn messen, beschleunigen. Freilich gibt es dabei mit hoher Wahrscheinlichkeit Rationalisierungsarbeitslosigkeit. Diese Arbeitslosigkeit entsteht, wenn der Druck der Lohnkosten je Produkteinheit die Marge für die Kapitalkosten und für den Gewinn (als Versicherungsprämie gegen Ungewißheitselemente) so komprimiert, daß marginale Unternehmen aus dem Prozeß ausscheiden, daß intramarginale Unternehmen ihre marginalen Arbeitsplätze wegrationalisieren und daß allenthalben vermehrt versucht wird, Arbeit durch

Kapital zu ersetzen. Wir sahen schon im Thünen-Modell: Die Produktivität der Arbeit paßt sich dem Lohn an, wenn dieser exogen vorgegeben wird. Hier in der wachsenden Wirtschaft wie dort im stationären Modell wird das Mehr an Produktivität erkaufte durch ein Weniger an Beschäftigung und dann schon rein rechnerisch durch ein Zurückbleiben der Produktion hinter dem Anstieg der Produktivität. Pro Stunde, also im Durchschnitt, erzeugt man mehr, weil die weniger produktiven Stunden und die weniger produktiven Kräfte nicht mehr zum Zuge kommen. Und was den Lohnanstieg anlangt, der dies bewirkt, so kann man sagen: Die einen beziehen mehr Lohn, die anderen statt Lohn nur noch Arbeitslosengeld.

21. Statistisch läßt sich der Zusammenhang leicht belegen. In der westdeutschen Industrie beschleunigte sich der jährliche Produktivitätsfortschritt zwischen den beiden Perioden 1969—1973 und 1973—1979 von 4,8 Prozent auf stolze 5,3 Prozent jährlich, während die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden, die vorher zugenommen hatte (1,3 Prozent jährlich), deutlich zurückging (— 2,1 Prozent jährlich). Daß hier nicht der Zufall im Spiele ist, zeigen systematische internationale Querschnittsanalysen. Aus ihnen erwähne ich hier nur ein plastisches Beispiel: Während die deutsche Industrie bei abnehmender Stundenzahl den besagten stolzen Produktivitätsfortschritt von jährlich 5,3 Prozent erzielte, kam die amerikanische Industrie, in der die Stundenzahl zunahm (0,7 Prozent jährlich), auf magere 1,4 Prozent jährlichen Zuwachs der Stundenproduktivität (alle Angaben aus Tabelle 11 in Giersch und Wolter [1982]).

22. Wie kann man erreichen, daß mehr Arbeitskräfte Arbeit finden, obwohl doch jedermann sagt, daß es nicht an Arbeitskräften fehle, sondern an Arbeit? Die Antwort muß dort ansetzen, wo die Ursache liegt. Seit der Studentenrevolte Ende der sechziger Jahre hat sich zumindest in Europa menschliche Arbeit verstärkt höher bewerten können. Das Ausmaß war stärker, als der beschäftigungsneutrale Produktivitätsfortschritt angeraten sein ließ. Die Lohnwelle Ende der sechziger Jahre traf zusammen mit der Abwertung des Dollars in Europa, die zweite Lohnwelle mit dem ersten Ölshock. Beschäftigungskonform dagegen wäre ein Lohnanstieg unter dem beschäftigungsneutralen Produktivitätstrend gewesen. Denn vor den Schranken des Arbeitsmarktes standen die starken Jahrgänge des Babybooms, vergleichbar dem Zustrom der Kriegsheimkehrer, Ostvertriebenen und Flüchtlinge in Deutschland nach 1945. Die Frage, wer hier versagt hat, ist peinlich für die Tarifparteien, aber auch vielleicht für die Wirtschaftswissenschaft im Hinblick auf ihre Aufklärungsfunktion.

23. Inzwischen häuft sich Beweismaterial dafür, daß Arbeitslosigkeit wirklich etwas mit den Löhnen zu tun hat. José Gutierrez-Camara und Roland Vaubel [1981], Jürgen Roth [1982] und Grant Kirkpatrick [1982]

haben in sauberer ökonomischer Arbeit die Abhängigkeit der Beschäftigung vom Reallohn getestet und verifiziert. Harmen Lehment [1982], ebenfalls aus dem Institut für Weltwirtschaft, hat den Zusammenhang in einer Zeitreihenanalyse für die Bundesrepublik rechnerisch nachgezeichnet. Vielleicht trifft die Verantwortung dafür, daß man in der öffentlichen Diskussion des Arbeitslosenproblems allzuoft die Löhne ausklammert, jenen großen Mann, der die Starrheit der Nominallöhne zur Modellannahme machte und der deshalb ein Sinken der Reallöhne zugunsten von mehr Beschäftigung nur im Wege der Inflation für möglich hielt.

24. Der wichtigste Ausweg aus der Sackgasse unserer Zeit erscheint damit verbaut. Wie sehr er verbaut ist, sieht man daran, wie verworren sich Vertreter der Arbeitgeberseite zum Vorschlag einer Pause für Nominallohn-Erhöhungen geäußert haben. Statt dessen findet die Idee, man müsse künftig das Arbeitendürfen rationieren, damit von der knapp gewordenen Arbeit jeder etwas abbekommen kann, mehr und mehr Anklang. Das Argument ist einfach: Wenn, wie wir gesehen haben, die Lohnpeitsche dafür sorgt, daß die gemessene Produktivität je Stunde stärker steigt als das Sozialprodukt insgesamt, das ja das Ergebnis aller Arbeitsstunden ist, so liegt es für Wirtschaftsmechaniker nahe, dies einfach in die Zukunft zu extrapolieren und die Theorie von der Produktivitätsschere zum Rezept zu machen. Im Gerangel der Interessenorganisationen macht es sich gut, so zu argumentieren. Denn nichts braucht an der Lohnfront revidiert oder korrigiert zu werden, wenn wir uns nur auf eine Reduktion der gesetzlichen Arbeitszeit verständigen. Da gibt es, wenn man mit einfachen Menschen spricht, sogleich noch einmal ein kurzes Aufbegehren der intuitiven Lebenserfahrung nach dem Motto, man habe doch noch nirgendwo ein Problem dadurch lösen können, daß man weniger tat und die Hände in den Schoß legte, statt die Ärmel aufzukrempeln, hier: statt durch Arbeit Kapital zu bilden und durch Kapitaleinsatz neue und produktivere Arbeitsplätze zu schaffen. Aber das Aufdecken von Scheinproblemen und Scheinlösungen ist nicht die starke Seite der heutigen Wirtschaftswissenschaft in der wirtschaftspolitischen Diskussion. Möglicherweise hat die Produktivität der Wirtschaftswissenschaft in der Wirtschaftspolitik so stark gelitten, daß die Doktoren, ohne sich lächerlich zu machen, dem Patienten gegen eine Abmagerung eine konsequente Abmagerungskur verordnen können.

25. Zu Hilfe kommt solchen Fehltherapien und Fehldiagnosen heute, wie schon in den zwanziger Jahren, als die Verhältnisse ähnlich lagen, die sogenannte Kaufkrafttheorie des Lohnes, die sich leicht auch auf Transparenz schreiben läßt. Was sie besagt, ist einfach: Höhere Löhne bringen mehr Konsumgüternachfrage, wenn die Beschäftigung nicht abnimmt, und sie bringen mehr Nachfrage auch insgesamt, wenn sich bei gegebener

Geldmenge die Umlaufgeschwindigkeit erhöht. Kritisch sind die beiden „wenns“.

- a) Ob die Beschäftigung konstant bleibt, hängt davon ab, wie stark die Investitionen positiv auf die Konsumgüternachfrage und negativ auf den erhöhten Kostendruck reagieren. Die Investitionen sind der Schlüssel. Konsumausgaben schaffen morgen Arbeit, Investitionen aber schaffen Arbeitsplätze, und zwar für lange Zeit.
- b) Die Sache mit der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes läßt sich leicht beheben, indem man argumentiert, notfalls müsse eben, wenn die Umlaufgeschwindigkeit nicht zunimmt, die Geldmenge ausgedehnt werden. In diesem Falle aber bedeutet die Kaufkrafttheorie des Lohnes nur, daß das Mehr an Geld nicht über die Banken und nicht über die Geldpumpe der öffentlichen Defizite in den Kreislauf gelangen soll, sondern auf dem Wege über die Lohntüten. Im Zweifel kann man vorschlagen, den Arbeitgebern das Geld, das sie brauchen, um das Mehr bei den Lohnausgaben zu finanzieren, über den Fiskus zu schenken.

26. Doch wenn es darum geht, einfach mehr Geld zu produzieren und es unter konsumfreudige Leute zu bringen, gibt es noch tausend andere technisch mögliche Wege. Zentralbank oder Staat könnten das Geld einfach zum Fenster hinauswerfen, und wenn Geld in Sparstrümpfen verschwinden sollte, so kann man zum Ausgleich noch einmal einen zusätzlichen Geldschauer herabregnen lassen. Doch wäre das Geldvermehrten ein einmaliger Akt, während höhere Löhne, einmal gewährt, praktisch fortan immer gezahlt werden müßten. Dies ist der Kinken. Wir kennen das Problem auch von der Fiskalpumpe: Einmal ein Defizit zur Rezessionsbekämpfung, und schon sieht sich der Fiskus mit fortwährenden Folgekosten konfrontiert, die die konjunkturpolitische Manövrierfähigkeit der öffentlichen Haushalte beeinträchtigen.

27. Fazit: man kann für Geldvermehrung sein (wenn dies das Anliegen der Kaufkrafttheorie des Lohnes ist), aber man darf dann niemals dort ansetzen, wo die Geldvermehrung etwas Irreversibles bewirkt. Sonst erreicht man mit der Geldvermehrung früher oder später das Gegenteil ihres Zweckes. Im übrigen erinnern wir uns daran, daß eine Geldvermehrung nur dann und nur so lange positiv auf Produktion und Beschäftigung wirkt, wie sie nicht durch einen induzierten Anstieg von Löhnen, Zinsen und Preisen neutralisiert wird (Hume-Effekt).

28. Es mag in diesen Wochen konjunkturpolitisch geboten sein, die Stabilisierungsrezession zu beenden und die Geldmengenexpansion wieder zu beschleunigen, aber es wäre eine solche Strategie nur dann stabilitätspolitisch gerechtfertigt, wenn sicher ist, daß diese Expansion wirklich voll auf die Mengen durchschlägt. Zur Absicherung braucht man eine frei-

willige Lohnpause. Sie wäre als Teil eines Expansionskonzepts voll gerechtfertigt und im wahrsten Sinne des Wortes notwendig. Angesichts der Schwere der Arbeitslosigkeit sollte der Anstieg der Nominallöhne jedoch wesentlich länger unterbrochen werden als für das halbe Jahr, das jetzt zur Diskussion steht. Und ich würde die Pause für den Anstieg der Tariflöhne nach Beginn des Aufschwungs in eine Pause für die Tariflöhne real umwandeln, das heißt, überall dort Indexklauseln zulassen, wo man auf eine Erhöhung der nominalen Tariflöhne freiwillig verzichtet. Dann käme der ganze Fortschritt der Arbeitsproduktivität direkt oder indirekt dem Schaffen neuer Arbeitsplätze zugute.

29. Angesichts des Mangels an Sachkapital, unter dem wir leiden, ist ein Mitwirken der Arbeitnehmer an der Vermögensbildung unverzichtbar. An die Reallohnpause sollte sich deshalb eine Phase des Reallohnanstiegs im Rahmen eines Vermögensbildungskonzepts anschließen: mehr verdienen, um mehr zu sparen, und mehr sparen, um es nahe am eigenen Arbeitsplatz zu investieren. Gewinnbeteiligung als Zweck der Vermögensbildung oder als Alternative zur Realloohnerhöhung wäre auch wesentlich, um die Motivationsschwäche zu beheben, die man hier und da beobachten muß. Manche Gewerkschaften, die sehr zentral organisiert sind, werden dies ablehnen, aber wenn der Gedanke der Dezentralisierung weiter an Boden gewinnen sollte und auch die Gewerkschaften erfaßt, steht vielleicht zu erwarten, daß sich das Schwergewicht in der Vertretung der Arbeitnehmerinteressen mehr auf die Unternehmens- und Betriebsebene verlagert, wo ohnedies darüber entschieden wird, ob es Arbeit gibt oder nicht, die Produktivität steigt oder sinkt und der Lohn erwirtschaftet oder nur gezahlt wird. Wer skeptisch ist und Organisationen die Fähigkeit zum Lernen abspricht, lasse sich (mit Marx) sagen, daß das Sein und das Notwendige schon seinen Einfluß auf das Bewußtsein und damit auf das tatsächliche Verhalten haben wird.

30. Der Produktivitätszuwachs, der einen Anstieg der Reallöhne erlaubt, ohne daß Arbeitsplätze verlorengehen, also der beschäftigungsneutrale oder echte Produktivitätsfortschritt, kommt von der besseren Qualität der Arbeit und der besseren Qualität der Kapitalgüter. Im Gegensatz zu den technischen Sprüngen ins Raumfahrt-Zeitalter oder in die Nukleartechnologie, die uns die rüstungsnahen Forschungsinteressen der Regierungen und Staaten gebracht haben, ist der wirtschaftsnahe Fortschritt, der direkt auf die bessere Qualität der Kapitalgüter abzielt, human, also menschlich akzeptabel, und zumeist ein Vorpreschen in kleinen, höchstens mittelgroßen Schritten. Doch leidet er mit unter dem Verruf, in den die staats- und rüstungsnahen Großforschung geraten ist. „Piecemeal engineering“, wie Karl Popper es nennt, bringt uns voran in der Wirt-

schaft und in der Gesellschaft, nicht jener soziotechnische Fortschritt, der, wie Lenin sagte, aus dem Lauf der Gewehre kommt.

31. Zuständig für den wirtschaftlichen Fortschritt ist der Unternehmer, den keiner unter den Wirtschaftswissenschaftlern so in den Vordergrund gestellt hat wie Joseph Schumpeter, der andere große Ökonom dieses Jahrhunderts, der vor 100 Jahren geboren wurde. Mochten Keynes, die Makrotheorie und die Globalsteuerung die Leitbilder für die sechziger und die frühen siebziger Jahre gewesen sein, bis sich ihr Fortschrittspotential erschöpfte, so werden die achtziger und die neunziger Jahre, wenn der Schein nicht trügt, im Zeichen von Schumpeter, dem Unternehmer mit dem Arbeiter-Unternehmer und Arbeiter-Kapitalisten stehen. Das will besagen, daß der Fortschritt, auf den wir angewiesen sind, sofern wir genug Arbeit und Beschäftigung zu konstanten und steigenden, statt zu sinkenden Reallöhnen wollen, ebenso wie die Kapitalbildung auch von denen vorangetrieben werden muß, die, gemessen an den Einkommen, die sie begehren, überwiegend noch Arbeitnehmer sind. Damit meine ich nicht nur die Arbeitnehmer in den Forschungs- und Entwicklungsbüros, sondern die Arbeitnehmer überall, sofern sie in hinreichend dezentralistischen Systemen etwas experimentieren und daraus vor Ort Neues lernen und anwenden dürfen. Ihre Lernfähigkeit gilt es zu fordern und zu fördern, auch durch noch mehr Erfolgsbeteiligung. Denn am ehesten von diesen Arbeiter-Unternehmern können wir die Impulse erwarten, die uns den Ausbruch aus der großen Stagnation der siebziger und achtziger Jahre erhoffen lassen. Mag die Gesellschaft, die Thünen im Sinn hatte, eine bäuerlich-feudalistische gewesen sein, und das, was Marx und Keynes im Auge hatten, eine kapitalistische; die Gesellschaft, die der Wirtschaft in den kommenden Jahrzehnten neuen Schwung geben kann, wird wohl, wenn ich nicht ganz fehl gehe, eine Gesellschaft sein müssen, in der noch mehr als das Sachkapital das erfinderische Humankapital zählt: sozusagen eine lernende, eine humankapitalistische Gesellschaft im Zeichen Schumpeters.

32. Dann wird sich Thünens Antwort auf die Frage nach dem gerechten Lohn nicht nur bloß auf den Lohn für Arbeit beziehen, sondern auch auf den Lohn für das Kapital, das die Arbeitnehmer bereitstellen, und für das Wagnis, das sie als unternehmende Menschen am Arbeitsplatz eingehen. Wenn es soweit ist, daß man so darüber sprechen kann, vielleicht zum 100. Geburtstag der Universität Mannheim, hoffentlich unter günstigeren wirtschaftlichen Umständen, mag wieder jemand die Begriffe Lohn, Arbeit und Produktivität in den Mittelpunkt des Interesses rücken und dann — sicher mit mehr Recht als der Jubiläumsredner des Jahres 1982 — die Formel auf Thünens Grabstein zitieren.

**Literatur**

- Giersch, Herbert**, „Ausbruch aus der Stagnation. Chancen für neue Arbeitsplätze“. In: *Risiken und Chancen der künftigen Wirtschaftsentwicklung*. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 84, Kiel, März 1982, S. 5—8.
- , und **Frank Wolter**, *On the Recent Slowdown in Productivity Growth in Advanced Economies*. Paper presented at the 1982 Conference of the Royal Economic Society „Reasons for the Recent Productivity Slowdown in Advanced Economies“, 22nd July 1982, London. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Arbeitspapiere, 148, Kiel, Juli 1982.
- Gutierrez-Camara, José L.**, und **Roland Vaubel**, „Reducing the Cost of Reducing Inflation through Gradualism, Preannouncement or Indexation? The International Evidence“. *Weltwirtschaftliches Archiv*, Vol. 117, 1981, S. 244—261.
- Keynes, John Maynard**, *The General Theory of Employment, Interest and Money*. London 1936. Deutsche Übers.: *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*. München 1936.
- Kirkpatrick, Grant**, „Real Factor Prices and German Manufacturing Employment: A Time Series Analysis, 1960I—1979IV“. *Weltwirtschaftliches Archiv*, Vol. 118, 1982, S. 79—103.
- Lehment, Harmen**, *Der Einfluß der Lohnpolitik auf Produktion, Beschäftigung und Preise in der Bundesrepublik Deutschland seit 1973*. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 82, Kiel, Februar 1982.
- Roth, Jürgen**, *Mehr Beschäftigung durch Reallohnzurückhaltung — Zum Streit zwischen kosten- und nachfrageorientierter Lohnpolitik*. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 85, März 1982.
- Schumpeter, Joseph A.**, *Capitalism, Socialism, and Democracy*. London 1943.
- Thomas, Brinley**, *Migration and Economic Growth: A Study of Great Britain and the Atlantic Economy*. 2. Aufl., Cambridge 1973.
- Thünen, Johann Heinrich von**, *Der isolirte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie*. 1. Theil: Hamburg 1826; 2. Theil, 1. Abtheilung: Rostock 1850; 2. Theil, 2. Abtheilung, und 3. Theil: Rostock 1863.
- Tobin, James**, *Asset Accumulation and Economic Activity — Reflections on Contemporary Macroeconomic Theory*. Yrjö Jahnsson Lectures, Oxford 1980.